



Amtsgericht Gütersloh

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 02.04.2026, 09:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 105, Friedrich-Ebert-Str. 30, 33330 Gütersloh**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Verl, Blatt 7990,
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Verl, Flur 9, Flurstück 334, Gebäude- und Freifläche, Sürenheider
Straße 98, Größe: 400 m²

BV lfd. Nr. 2/zu 1

1/8 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Verl, Flur 9, Flurstück 335,
Weg, Sürenheider Straße, Größe: 194 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um eine 2002 massiv errichtete, unterkellerte
Doppelhaushälfte mit Satteldach, ausgebautem Dachgeschoss und nicht genehmigt
ausgebautem Spitzboden, sowie einem Carport. Wohnfläche: ca. 105 m²

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 12.08.2024
eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

361.000,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Verl Blatt 7990, lfd. Nr. 1 357.217,00 €
- Gemarkung Verl Blatt 7990, lfd. Nr. 2/zu 1 3.783,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.